

ESENDER_LOGIN:	ENOTICES
CUSTOMER_LOGIN:	hstachel
NO_DOC_EXT:	2021-017020
SOFTWARE VERSION:	11.0.3
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E_MAIL:	vergabe@muelheim-ruhr.de

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F02
VERSION:	R2.0.9.S03
DATE_EXPECTED_PUBLICATION:	/

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Mülheimer Seniorendienste GmbH

Postanschrift: Auf dem Bruch 70

Ort: Mülheim an der Ruhr

NUTS-Code: DEA16 Mülheim an der Ruhr, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 45475

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Mülheimer Seniorendienste GmbH

E-Mail: ausschreibung-gracht@mh-seniorendienste.de

Telefon: +49 2083081102

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.mh-seniorendienste.de/>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www1.muelheim-ruhr.de/node/227960>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www1.muelheim-ruhr.de/node/227960>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Kommunale Beteiligungsgesellschaft

I.5) Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Pflegedienstleistungen/Seniorenwirtschaft

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Seniorendienste Haus Gracht 2. BA - Gerüstbauarbeiten

Referenznummer der Bekanntmachung: MH-REFERAT_VI-2021-4547

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

45262100 Gerüstarbeiten

II.1.3) Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Modernisierung und Erweiterung Haus Gracht

Das Haus Gracht ist eine Pflegeeinrichtung der ersten Generation und wurde um 1967 erbaut. Nach über 50 Jahren Nutzung ist der gesamte Komplex modernisierungsbedürftig. Im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung wurde in einem ersten Schritt das Planungsteam zusammengestellt. Als besondere Anforderung des Trägers wurde die Modernisierung und Erweiterung im laufenden Betrieb formuliert. Für dieses logistische Problem wurde eine tragfähige Lösung erarbeitet und das Bauprojekt in zwei Bauphasen unterteilt:

Im 1. BA vom Mai 2019 bis Februar 2021 wurde im Bereich des abgebrochenen Verbindungsbaus ein Neubau (Erweiterungsbau) mit 109 Pflegeplätzen und einem Erdgeschossstil mit Funktionsräumen errichtet (Querbaukörper Mitte, fertiggestellt).

Im 2. BA vom März 2021 bis Dezember 2022 soll der Bestandsbaukörper auf den Rohbau zurückgebaut, um einen Saal erweitert und umfassend saniert werden (vorn).

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 116 266.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEA16 Mülheim an der Ruhr, Kreisfreie Stadt

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Vorbemerkungen Gerüstbauarbeiten:

Für die Auftragsabwicklung gelten, ergänzend zu den allgemeinen Vertragsbedingungen jeweils in der neuesten Fassung die einschlägigen DIN-Normen, Richtlinien, Merkblätter, insbesondere die nach Europäischem Recht aktualisierten Normen. Ergänzend gelten alle bauaufsichtlichen, berufsgenossenschaftlichen und Unfallverhütungs- Vorschriften.

Für die Konstruktions- und Funktionssicherheit der fertigen Leistung sowie die Einhaltung der in dieser Leistungsbeschreibung geforderten technischen Werte übernimmt der Bieter die volle und uneingeschränkte Haftung.

Vorh. Schutzmaßnahmen anderer am Bau beschäftigter Firmen, z. B. Treppengeländer, Abdeckungen von Montageöffnungen und Aussparungen, Absperrungen aller Art usw. dürfen nicht entfernt werden. Sollten die vorh. Schutzmaßnahmen wegen der durchzuführenden Arbeiten entfernt werden, so sind diese unverzüglich nach der Montage wieder in den alten Zustand zu bringen.

Ausführung und Leistungsumfang:

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich vor Ausführung der Leistung vor Ort mit dem Auftraggeber abzusprechen, um den Gerüstaufbau nach den Belangen der am Bau beteiligten zu gewährleisten.
2. Die Kennzeichnung der Fassaden-, Raum- und Stützgerüste mit der Bezeichnung der aufstellenden Firma einschl. Telefonnummer sowie des flächenbezogenen Nutzungsgewichtes ist unverzichtbar. Die Kennzeichnung nach EIN 4420-1 wird dadurch nicht ersetzt.
3. Es wird ein tragfähiger Untergrund bereitgestellt. Es handelt sich hierbei z.B. um verfüllte Arbeitsräume bzw. Bestandsgelände. Bedenken hinsichtlich des Untergrundes, der vorgesehen Ausführung und der Möglichkeit der Verankerung und Abstützung sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
4. Pro Gerüstseite soll ein Montagepunkt für einen Schwenkarmaufzug angegeben werden. Das Gerüst ist an diesem Punkt zusätzlich zu verstreben und mit der Wand zu verankern.
5. Sofern im Leistungsverzeichnis nicht näher beschrieben, erfolgt die Gerüstverankerung nach den allgemeinen technischen Regeln. Im Zuge der Leistungserfüllung ist es Aufgabe des Auftragnehmers, sich fachkundig mit dem Auftraggeber oder dessen Vertreter über die Gerüstverankerung an der Fassade

oder sonstigen Bauteilen abzusprechen. Die Verankerung ist so zu wählen, dass die Verankerungstechnik und das Schließen der Verankerungslöcher auf den Schichtenaufbau des Bauteilelementes (Fassade mit Wärmedämmung geputzt, Glasfassaden, Fassadenbekleidungen sonstiger Art etc.) abgestimmt ist.

6. Werden Gerüste auf wasserführenden Flächen wie Vordächer, Dachterrassen und Flachdächern erstellt, hat der Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass die wasserführende Eindichtung durch die Gerüstbelastung nicht perforiert bzw. beschädigt wird. Diese Flächen dürfen nur im Rahmen der zulässigen Belastung genutzt werden. Im Zweifel ist die Bauleitung zu informieren. Bohlen und Abdeckungen sind gegen Verschieben zu sichern.

7. Beim Abrüsten an der Fassade entstehende Beschädigungen sind zu beseitigen oder über den Unternehmer für die Fassadengestaltung in eigener Regie und auf eigene Kosten ausbessern zu lassen. In jedem Fall sind die Beschädigungen der Bauleitung anzuzeigen.

"Falls erforderlich, ist vom AN ein Standsicherheitsnachweis zu erbringen. Die Kosten sind in den EP einzurechnen."

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien
Preis

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 116 266.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 29/03/2021

Ende: 26/06/2021

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende Eignungsnachweise/Unterlagen sind vor Auftragserteilung innerhalb von 6 Tagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber einzureichen:

- Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder die Handwerksrolle des Unternehmenssitzes oder Wohnsitzes
- Eigenerklärung, dass der Auftragnehmer den Pflichten zur Zahlung der Beiträge zur Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) nachgekommen ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung über die Teilnahme am Sozialkassenverfahren der Bauwirtschaft
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. „Bescheinigung in Steuersachen“
- Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft

Sofern geforderte Unterlagen nicht innerhalb einer Frist von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorgelegt werden, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Vor Auftragserteilung ist innerhalb von 6 Tagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber einzureichen:

- Versicherungsbestätigung der Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers

Sofern geforderte Unterlagen nicht innerhalb einer Frist von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorgelegt werden, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Mit dem Angebot ist einzureichen:

- Liste der in den letzten 3 Jahren ausgeführten, vergleichbaren Projekte: Angabe der wesentlichen Leistungen mit Auftragswert, Leistungszeitraum, Beschreibung der erbrachten Leistung, Name und Anschrift des Auftraggebers, Ansprechperson mit Kontaktdaten

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, ist auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers einzureichen:

- Verpflichtungserklärung für Nachunternehmer entsprechend Formblatt 236

Sofern geforderte Unterlagen nicht innerhalb einer Frist von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorgelegt werden, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass jederzeit während der Leistungserbringung eine deutschsprachige Entscheidungsperson auf der Baustelle anwesend ist.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die in § 2 Abs. 1 bis 4 TVgG NRW genannten Vorgaben einzuhalten. Der Auftraggeber ist berechtigt, Kontrollen durchzuführen, um die Einhaltung der Vorgaben zu prüfen. Er darf sich zu diesem Zweck die Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern, Abgaben und Beträgen in anonymisierter Form vorlegen lassen, diese prüfen und hierzu Auskunft verlangen. Für den Fall der Verletzung der Pflichten nach § 2 Abs. 1 bis 4 TVgG NRW steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu.

Sicherheitsleistungen werden in Form von Bürgschaften nach den Grundsätzen der §§ 9c EU VOB/A und 17 VOB/B verlangt. Als Zahlungsbedingung ist § 16 VOB/B maßgebend.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 11/03/2021

Ortszeit: 09:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 28/03/2021

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 11/03/2021

Ortszeit: 09:00

Ort:

Stadt Mülheim an der Ruhr, Der Oberbürgermeister, Referat VI, Hans-Böckler-Platz 5, 45468 Mülheim an der Ruhr, (Technisches Rathaus).

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Gemäß § 14 EU Abs. 6 VOB/A sind keine Bieter bzw. Bevollmächtigte im Öffnungstermin zugelassen.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen und bis zum Öffnungstermin ausschließlich elektronisch in Textform über den genannten Link zur Homepage der Stadt Mülheim an der Ruhr abzugeben (akzeptierte

Dateiformate: pdf, d84, p84, x84). Für die Abgabe von Angeboten ist eine Registrierung zwingend erforderlich. Angebote per E-Mail oder in Papierform sind nicht zulässig und werden ausgeschlossen.

Bitte laden Sie bei Angebotsabgabe folgende Unterlagen hoch:

- „Deckblatt VOB“ der Stadt Mülheim an der Ruhr (Angebotsschreiben)
- Leistungsbeschreibung als pdf-Datei, wenn möglich zusätzlich als GAEB-Datei
- Liste vergleichbarer, in den letzten 3 Jahren ausgeführter Projekte
- Freistellungsbescheinigung (Bauabzugssteuer)
- Eigenerklärung zur Eignung, Angabe der Nummer, unter der das Unternehmen im Präqualifikationsverzeichnis geführt wird

Vor Auftragserteilung werden vom Bestbieter neben den in Abschnitt III genannten Eignungsnachweisen folgende Unterlagen angefordert:

- Die Urkalkulation im verschlossenen Umschlag. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Umschlag zu öffnen und die Kalkulation bei Bedarf einzusehen. Diskretion wird seitens des Auftraggebers gewährleistet.
- Freistellungsbescheinigung des Finanzamtes zum Steuerabzug bei Bauleistungen gem. § 48b Einkommensteuergesetz

Sofern geforderte Unterlagen nicht innerhalb einer Frist von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorgelegt werden, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

Sicherheitsleistungen werden in Form von Bürgschaften nach den Grundsätzen der §§ 9c EU VOB/A und 17 VOB/B verlangt. Als Zahlungsbedingung ist § 16 VOB/B maßgebend.

Bieterfragen bitte schriftlich an die genannte Kontaktstelle per E-Mail oder über die Seite der Stadt Mülheim an der Ruhr (<https://www1.muelheim-ruhr.de/node/227960>) bis 10 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist! Die Beantwortung später gestellter Fragen behält sich die Vergabestelle vor.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667

Land: Deutschland

Fax: +49 221-1472889

Internet-Adresse: https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/vergabekammer/

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Nach § 160 Abs. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

04/02/2021